

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Urban Gardening in der Stadt verwurzeln

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zusammen mit den Akteur/innen der urbanen Gärten, den Kleingartenverbänden und interessierten Verbänden in Berlin ein gesamtstädtisches Konzept für urbane, Klein- und interkulturelle Gärten zu entwickeln. Bestandteile des Konzepts sollen unter anderem Bildungskonzepte in Schulen und Kitas, die Entwicklung Berlins zu einer „essbaren Stadt“ sowie die Entwicklung einer Strategie zum ökologischen Gärtnern, zur interkulturellen Öffnung der Gärten in die Kieze und zur Schaffung „Grüner Bildungsorte“ sein.

Des Weiteren wird der Senat aufgefordert, eine/n Ansprechpartner/in für Urban Gardening zu benennen. Der/Die Ansprechpartner/in soll Ansprechperson für und Mittler/in zwischen Akteur/innen der urbanen Gärten in Berlin und der Berliner Verwaltung sein und die Verwaltung ressortübergreifend für das Thema „Urban Gardening“ sensibilisieren. Sie/Er soll Aktivist/innen bei der Einrichtung neuer Gärten zu unterstützen, in Zusammenarbeit mit den Akteur/innen der urbanen Gärten in Berlin Informationsangebote und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Urban Gardening“ weiterentwickeln und die Umweltbildung in Schulen und Kitas unterstützen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2018 zu berichten.

Begründung:

In Berlin und vielen anderen Bundesländern entstehen seit einigen Jahren neue, gemeinschaftliche Gartenformen. Diese urbanen Gemeinschaftsgärten sind Experimentierräume für ein gutes Leben in der Stadt.

So heißt es im Urban Gardening Manifest (<http://www.urbangardeningmanifest.de/manifest>):

„Gemeinsam verwandeln wir Stadtgärtner*innen Brachflächen in Orte der Begegnung, gewinnen eigenes Saatgut, halten Bienen zwischen und auf Hochhäusern, experimentieren mit

verschiedenen Formen der Kompostierung und üben uns darin, das geerntete Gemüse haltbar zu machen. Wir setzen uns für eine lebenswerte Stadt und eine zukunftsorientierte Urbanität ein. Täglich erfahren wir, wie wichtig ein frei zugänglicher öffentlicher Raum ohne Konsumzwang für eine demokratische und plurale Stadtgesellschaft ist.“

Beim Gärtnern in der Stadt („Urban Gardening“) spielen auch gesellschaftliche und ökologische Themen eine Rolle. Denn bei der gemeinsamen Gartenarbeit gedeihen nicht nur Gemüse und Obst, sondern auch Gemeinschaftssinn, Kultur und Umwelt- und Naturbildung. Dazu passt es, dass immer mehr Städte in Deutschland bei der Neubepflanzung an Schulen, Sportplätzen und anderen öffentlichen Gebäuden essbaren Pflanzen den Vorzug gegeben und sich zur „essbaren Stadt“ erklären. Auch mehrere Berliner Bezirke sind „essbar“ geworden, pflanzen Obstbäume und Obststräucher und fördern damit die Pflanzenvielfalt in der Stadt. Durch Urban Gardening können zudem Brach- und Dachflächen in der Stadt sinnvoll genutzt werden. Das verschönert nicht nur das Stadtbild, sondern sorgt auch für besseres Stadtklima und ist eine wichtige Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel.

Während urbane Gärten Teil einer lebenswerten, lebendigen und zukunftsfähigen Stadt sind, ist ihr rechtlicher Status nach wie vor prekär und ihr Fortbestand häufig nicht gesichert. Noch immer bestehen bei Teilen der Verwaltung Berührungspunkte gegenüber städtischem Gärtnern jenseits von Kleingärten. Dies erleben Bürger/innen, die Freiflächen in ihrem Kiez bepflanzen wollen z.B. beim Abschluss von Pflegevereinbarungen mit den Bezirken. Und während immer mehr öffentliche Flächen von Berliner/innen eigenständig und kostenfrei bepflanzt werden, hat der Senat nach eigener Auskunft weder einen Überblick über die bestehenden Projekte noch ein stadtweites Konzept zum Thema Urban Gardening (Drs. 17/11489, 17/14433).

Städte wie New York und Stuttgart haben einen Beauftragten für Urban Gardening eingesetzt. Diesem Beispiel sollte Berlin folgen und zumindest eine/n feste/n Ansprechpartner/in für Urban Gardening benennen, um die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten anzuerkennen. Die Tätigkeit soll ehrenamtlich sein, verbunden mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung.

Die Berlin Gartenbewegung hat inzwischen vielfältige Vernetzungs-, Beratungs- und Anlaufstrukturen z.B. im Allmende-Kontor, im Prinzessinnengarten und im Interkulturellen Garten Berlin Lichtenberg aufgebaut. Mit der/dem Ansprechpartner/in sollen keine Parallelstrukturen zu diesen gewachsenen, selbstorganisierten Formen der Unterstützung urbaner Gärten geschaffen werden. Diese Netzwerke und Akteur/innen sollen unterstützt, keinesfalls aber „von oben“ organisiert werden.

Zu den allgemeinen Aufgaben wird daher die Unterstützung von Aktivist/innen urbaner Gärten in Berlin und die Mitarbeit in bestehenden Netzwerken wie z.B. den „Werkstadtgesprächen urbanes Gärtnern“ mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt gehören.

Gerade bei der Erarbeitung eines Konzepts zum Thema Urban Gardening wird es darauf ankommen, bestehende Ansätze (z.B. im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft) und erfahrene Akteur/innen soweit wie möglich einzubeziehen. Inhaltlich soll auf die Belange unterschiedlicher Gruppen von Menschen, Tieren und Pflanzen Rücksicht genommen werden.

Die/der Ansprechpartner/in soll als Scharnierstelle zwischen Akteur/innen und Verwaltung fungieren. Das Thema „Urban Gardening“ soll dabei nicht nur in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima sondern ressortübergreifend insbesondere auch in den Bereichen Soziales und Bildung sowie in den Bezirken verankert werden. Ziel ist es, positive Rahmenbedingungen für urbanes Gärtnern in Berlin zu schaffen.

Die/der Ansprechpartner/in soll sich dafür einsetzen, wohnungsnah öffentliche Flächen für Urban Gardening zu gewinnen und zu erhalten. Er/Sie soll Aktivist/innen bei der Gestaltung qualitätsvoller Grünflächen und Stadtnatur unterstützen und z.B. bei der Recherche von Eigentumsverhältnissen und der Ausgestaltung von Nutzungsvereinbarungen behilflich sein. Neben den bestehenden Gärten geht es dabei auch um Flächen, die – ggf. auch nur für eine Zwischennutzung – als urbaner Garten in Betracht kommen.

Um noch mehr Menschen für urbanes Gärtnern zu gewinnen, sollen bestehende Informationsangebote weiterentwickelt und die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Dabei sollen auch und gerade Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen werden, die bisher keinen Zugang zum Urban Gardening haben.

Aufbauend auf bereits bestehenden Projekten wie der Beratungsstelle „Grün macht Schule“ und den Gartenarbeitsschulen sollen Kitas und Schulen motiviert und dabei unterstützt werden, Urban Gardening z.B. durch die Einrichtung von Schulgärten in die Umweltbildung zu integrieren.

Berlin, d. 08. November 2017

Saleh Dr. Czyborra Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Platta
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen